

ALMUTH EBKE

Großbritannien und der Brexit

Aktuelle Forschungen und Perspektiven

Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union infolge des Referendums vom 23. Juni 2016 hat das Vereinigte Königreich in eine lang anhaltende politische und kulturelle Krise gestürzt. Vor allem die Phase der Aushandlung des Austrittsabkommens war geprägt von Chaos in Form von politischen Führungskrisen, mehrfachen vorgezogenen Parlamentswahlen, juristischen Auseinandersetzungen und demütigenden Abstimmungsniederlagen der Regierung im Parlament. Die Turbulenzen setzten sich auch nach dem offiziellen Austritt am 31. Januar 2020 fort. Künftige Historiker:innen werden die Aufgabe haben, diese außergewöhnliche Phase britischer Politik nicht nur aufzuarbeiten, sondern auch zu erklären.

An der Geschichte des »Brexits« – wie der britische EU-Austritt mit einem Kofferwort aus »British« und »exit« allgemein bezeichnet wird – wird bereits seit der Bekanntgabe des Ergebnisses des Referendums geschrieben. Standen zunächst das Referendum selbst und sein Ablauf im Zentrum vor allem journalistischer Aufarbeitung¹, haben politikwissenschaftliche Betrachtungen schon bald begonnen, die Debatte im Vorfeld der Abstimmung und die möglichen verfassungsrechtlichen Folgen der Austrittsentscheidung aufzuarbeiten.² Die historiografische Vermessung des Brexits steht jedoch noch an ihren Anfängen. Nachdem Mathias Häußler bereits einen Überblick über neuere Forschungen zur Rolle Großbritanniens in der europäischen Integration seit 1945 vorgelegt hat³, bietet dieser Forschungsbericht eine Übersicht über Arbeiten im angelsächsischen Raum in den letzten fünf Jahren, die sich vor allem mit der Erklärung und Einordnung des Brexits befassen. Herangezogen werden dazu historiografische Werke und politikwissenschaftliche Studien mit historischer Perspektive. Das Ziel des Berichts ist es, die großen Linien der bisherigen Forschung darzulegen, sie zu diskutieren und mögliche Wege für künftige Forschung auf diesem Gebiet aufzuzeigen. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auf den angelegten Perspektiven und den methodischen Ansätzen der Brexit-Forschung, denn Teil der historiografischen Aufarbeitung des Brexits ist es, politikwissenschaftliche Studien auf ihren geschichtswissenschaftlichen Nutzen zu befragen.

Der Forschungsbericht behandelt mit der Erklärung des Abstimmungsergebnisses (I.), den Folgen für Politik und Verfassung (II.) sowie den Wechselwirkungen von

1 Vgl. beispielsweise *Anthony Barnett*, *The Lure of Greatness. England's Brexit & America's Trump*, London 2017; *Tim Shipman*, *All Out War. The Full Story of How Brexit Sank Britain's Political Class*, London 2016.

2 Vgl. exemplarisch *Harold D. Clarke/Matthew Goodwin/Paul F. Whiteley*, *Brexit. Why Britain Voted to Leave the European Union*, Cambridge/New York etc. 2017; *Geoffrey Evans/Anand Menon*, *Brexit and British Politics*, Cambridge/Medford 2017; *Alexander Niedermeier/Wolfram Ridder*, *Das Brexit-Referendum. Hintergründe, Streitthemen, Perspektiven*, Wiesbaden 2017.

3 Vgl. *Mathias Häußler*, *Ein britischer Sonderweg? Ein Forschungsbericht zur Rolle Großbritanniens bei der europäischen Integration seit 1945*, in: *VfZ* 67, 2019, S. 263–287.

Brexit und innerer Dekolonisierung (III.) drei Aspekte, die für die geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung des britischen Austritts aus der Europäischen Union ertragreich sein können. Diese Aspekte sind freilich analytisch nicht eindeutig voneinander zu trennen und werden von einigen Studien auch gemeinsam behandelt. Die Grundlage der hier vorgenommenen Systematisierung waren die Forschungskontexte, in denen sich die Werke verorten, sowie die Ziele ihrer jeweiligen Analyse.

I. Das Brexit-Votum: Erklärungsversuche

Das Referendum über den Austritt aus der Europäischen Union offenbarte tiefgehende gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Bruchlinien im Vereinigten Königreich. Heruntergebrochen auf die einzelnen Landesteile stimmten 53,4 % der Wähler:innen in England und 52,5 % in Wales für den Austritt, während 62 % in Schottland und 55,8 % in Nordirland für den Verbleib votierten. Das jeweilige Bildungsniveau spielte ebenfalls eine entscheidende Rolle: Höher gebildete Wähler:innen tendierten zum Verbleib in der EU, wohingegen Wähler:innen mit geringerer formaler Bildung mehrheitlich für den Austritt votierten. Generationelle Unterschiede wurden ebenso deutlich: Von den 18–24-jährigen Wähler:innen stimmten 73 % für den Verbleib, wohingegen 60 % der Wähler:innen über 65 Jahre für den Brexit votierten.⁴

Sowohl das Ergebnis der Abstimmung als auch die Beobachtungen zum Wahlverhalten im Einzelnen sind erklärungsbedürftig. In der Forschung gibt es dazu bisher vor allem zwei Ansätze: Der erste Ansatz, aus der Nationalismusforschung kommend, deutet den Brexit als Folge von vornehmlich englischem Nationalismus und Euroskeptizismus. Ein zweiter Ansatz, aus der Wahlforschung stammend, fokussiert die gesellschaftlichen Spaltungen entlang von Alter, Bildung und sozialer Klasse. Der erste Ansatz bietet eine Perspektive der politischen Eliten, während der zweite auf umfragebasierten Erkenntnissen beruht. Die Kombination beider Ansätze ist besonders aufschlussreich: Im Folgenden werden daher Ben Wellings Studie »English Nationalism, Brexit and the Anglosphere. Wider still and wider« (2019)⁵ und Maria Sobolewska und Robert Fords gemeinsam verfasste Monografie »Brexitland. Identity, Diversity and the Reshaping of British Politics« (2020)⁶ gemeinsam diskutiert. Beide Bücher liefern anregende und unbedingt lesenswerte Deutungen des Brexit-Votums.

Im Vorfeld des Brexit-Referendums und in den ersten Reaktionen auf das Ergebnis hat vor allem der Erklärungsansatz des englischen Nationalismus viel media-

4 Vgl. o. A., EU Referendum: The Result in Maps and Charts, in: BBC.com, 8.6.2021, URL: <<https://www.bbc.com/news/uk-politics-36616028>> [5.8.2024]. Für eine kritische kontrafaktische Lesart der Referendumsergebnisse vgl. *Daniel Dorling/Sally Tomlinson*, *Rule Britannia. Brexit and the End of Empire*, London 2019, Kapitel 1.

5 *Ben Wellings*, *English Nationalism, Brexit and the Anglosphere. Wider Still and Wider*, Manchester University Press, Manchester 2019, 216 S., broschiert, 25,00 £.

6 *Maria Sobolewska/Robert Ford*, *Brexitland. Identity, Diversity and the Reshaping of British Politics*, Cambridge University Press, Cambridge/New York etc. 2020, 408 S., broschiert, 12,99 £.

le Aufmerksamkeit erhalten.⁷ Euroskeptizismus wird in diesem Ansatz vor allem als englisches Problem gedeutet (das walisische Abstimmungsergebnis schien angesichts der Tatsache, dass fast 85 % der Bevölkerung des Vereinigten Königreichs in England leben und weniger als 5 % in Wales, vergleichsweise unerheblich).⁸ Diese Einschätzung geht zurück auf seit den 1970er-Jahren bestehende Narrative der Neuen Linken, die den englischen Nationalismus als rassistische und antieuropäische Kraft darstellen. Die Sorge vor den potenziell illiberalen Folgen des englischen Nationalismus beruht auf zwei miteinander verwandten Interpretationen: Einerseits geht sie zurück auf die Beobachtung des schottischen Politikwissenschaftlers Tom Nairn, dass England kein ausgeprägtes Nationalbewusstsein habe, sondern das englische Nationalbewusstsein vom britischen verdeckt werde. Englisches Nationalbewusstsein speise sich aus der imperialen Tradition des Vereinigten Königreichs, was die Prävalenz von Rassismus in englischen nationalen Traditionen erkläre.⁹ Andererseits schien der Brexit die Befürchtung zu bestätigen, dass die asymmetrische Anlage der aktuellen Devolutionsregelung den englischen Nationalismus erst entfesselt habe.¹⁰ Im Devolutionsprozess in den 1990er-Jahren, als auf der Basis der angenommenen Stärke des Nationalbewusstseins dieser Landesteile Kompetenzen von Westminster auf regionale Parlamente in Schottland, Wales und Nordirland übertragen worden waren (im Falle Nordirlands handelte es sich dabei um die Restitution etablierter, aber aufgrund des Nordirlandkonflikts lange Zeit suspendierter Kompetenzen), war England leer ausgegangen. Der Brexit schien nun die seit Ende der 1990er-Jahre bestehende Sorge vor angesichts dieser ungleichen Regelung wachsenden Ressentiments in politische Realität übersetzt zu haben.

Die Aufmerksamkeit, die seit den Devolutionsabkommen auf England lag, schlug sich auch wissenschaftlich in der verstärkten Untersuchung von englischem Nationalismus und englischem Nationalbewusstsein nieder.¹¹ Ben Wellings, der sich bereits in der Vergangenheit einen Namen mit Werken zu englischem Nationalismus, Euroskeptizismus und der Anglosphäre gemacht hat, bindet in seiner Monografie von 2019 nun diese Forschungsinteressen zu einem Erklärungsansatz des Brexits

7 Vgl. beispielsweise *Anthony Barnett*, *Why Brexit? It's the English, Stupid*, in: *openDemocracy*, 24.10.2017, URL: <<https://www.opendemocracy.net/uk/anthony-barnett/why-brexit-its-english-stupid>> [5.8.2024]; *ders.*, *The Lure of Greatness*.

8 Vgl. hierzu auch *Ailsa Henderson/Charlie Jeffery/Dan Wincott u. a.*, *How Brexit Was Made in England*, in: *The British Journal of Politics and International Relations* 19, 2017, S. 631–646, hier: S. 631.

9 Vgl. *Tom Nairn*, *The Break-Up of Britain. Crisis and Neo-Nationalism*, London 1977, hier: S. 41 f. und 79. Zum politischen Einfluss des Narrativs vgl. *Michael Kenny*, *The Return of ›Englishness‹ in British Political Culture – The End of the Unions?*, in: *Journal of Common Market Studies* 53, 2015, S. 35–51, hier: S. 39–44.

10 Vgl. *John Curtice/Anthony Heath*, *Is the English Lion about to Roar? National Identity after Devolution*, in: *Roger Jowell/John Curtice/Alison Park u. a.* (Hrsg.), *British Social Attitudes. Focusing on Diversity. The 17th Report*, London/Thousand Oaks etc. 2000, S. 155–174, hier: S. 155 f.

11 Vgl. hier als zentrale Werke *Robert Colls*, *Identity of England*, Oxford/New York etc. 2002; *Krishan Kumar*, *The Making of English National Identity*, Cambridge/New York etc. 2005 (zuerst 2003); *Arthur Aughey*, *The Politics of Englishness*, Manchester 2007; *Michael Kenny*, *The Politics of English Nationhood*, Oxford/New York 2014; *Ailsa Henderson/Richard Wyn Jones*, *Englishness. The Political Force Transforming Britain*, Oxford/New York 2021.

zusammen.¹² Wellings argumentiert, dass der Brexit nicht nur ein politisches Ereignis war, sondern auch ein Moment des englischen Nationalismus, der tiefgreifende Auswirkungen auf Englands Beziehung zum Vereinigten Königreich und zur Welt habe. Ein Teil der politischen Eliten hätte englische Identität erfolgreich politisiert, um das Vereinigte Königreich aus der EU zu lösen. Dies sei möglich gewesen, da im frühen 21. Jahrhundert Euroskeptizismus das dominante Merkmal des englischen Nationalismus gewesen sei (im Gegensatz zu Nairns Diagnose aus den 1970er-Jahren, die von einer Dominanz des Rassismus ausging).

Dabei sei die zentrale Projektionsfläche der Brexit-Befürworter die Idee der Anglosphäre gewesen, das heißt die Vorstellung eines anglophonen Kulturraums, der auf kulturellen, historischen und sprachlichen Gemeinsamkeiten beruhe. Als politisches Projekt stammt diese Idee aus den 1990er-Jahren, baut aber auf den imperialen »Greater Britain«-Konzepten des späten 19. Jahrhunderts auf¹³ und bezieht sich daher hauptsächlich auf Länder mit einer historischen Verbindung zum ehemaligen British Empire. Kernstaaten sind, Wellings zufolge, die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Kanada, Australien und Neuseeland. Zur Anglosphäre könnten aber auch andere Länder mit einem anglophonen Erbe oder einer Verbindung zum ehemaligen britischen Empire wie Singapur, Indien oder Länder der Karibik gehören, ebenso, obwohl problematisch aufgrund ihrer Art des Austritts aus dem Empire und der Nichtmitgliedschaft im Commonwealth, die Republik Irland.¹⁴

Im Kern beschäftigt sich Wellings mit der Analyse einer Ideologie. Er zerlegt den von ihm beschriebenen Nexus aus englischem Nationalismus, Euroskeptizismus und der Vorstellung der Anglosphäre sorgfältig in seine erinnerungspolitischen Bestandteile. Dazu gehört erstens die Erzählung von der verfassungsrechtlichen Überlegenheit des Westminster-Systems als der ersten modernen Demokratie, zweitens die positiv inszenierte Erinnerung an das britische Empire sowie drittens ein Narrativ, in dem die Zeit der Weltkriege als Projektionsfläche für vergangene nationale Größe dient. Nicht alles daran ist neu, doch bilden alle drei Narrative einen funktionalen Bestandteil des englischen Nationalismus, indem sie zum einen die fundamentale Differenz Großbritanniens zu den übrigen Ländern der EU betonen und zum anderen eine Nähe zu anderen Ländern der Anglosphäre konstruieren. Die Ähnlichkeiten der Verfassungssysteme innerhalb der Anglosphäre garantierten eine als spezifisch anglophon deklarierte Vorstellung von Freiheitsliebe; die selek-

12 Vgl. *Ben Wellings*, *Empire-Nation: National and Imperial Discourses in England*, in: *Nations and Nationalism* 8, 2002, S. 95–109; *ders.*, *Rump Britain: Englishness and Britishness, 1992–2001*, in: *National Identities* 9, 2007, S. 395–412; *ders.*, *Losing the Peace: Euroscepticism and the Foundations of Contemporary English Nationalism*, in: *Nations and Nationalism* 16, 2010, S. 488–505; *ders.*, *English Nationalism and Euroscepticism. Losing the Peace*, Oxford/Bern etc. 2012; *ders.*, *Our Island Story: England, Europe and the Anglosphere Alternative*, in: *Political Studies Review* 14, 2016, S. 368–377.

13 Zur Vorstellung eines Greater Britain vgl. *Duncan Bell*, *The Idea of Greater Britain. Empire and the Future of World Order, 1860–1900*, Princeton/Woodstock 2007; *Mark Lee*, *The Story of Greater Britain: What Lessons Does It Teach?*, in: *National Identities* 6, 2004, S. 123–142. Michael Kenny und Nick Pearce haben dies unter dem etwas breiteren Begriff der »Anglosphere« diskutiert, vgl. *Michael Kenny/Nick Pearce*, *Shadows of Empire. The Anglosphere in British Politics*, Cambridge/Medford 2018, S. 3.

14 Vgl. *Wellings*, *English Nationalism*, S. 18.

tive Amnesie gegenüber der Gewaltgeschichte des Empire bewahrt kulturelle Formen imperialer Zugehörigkeit; die Erinnerungskultur vor allem an den Zweiten Weltkrieg evoziert eine grundlegend andere Deutung der Konflikte des 20. Jahrhunderts als sie in der EU gängig sind. Wellings Formulierungen vom »Zusammenhang« oder »Nexus« verdecken jedoch, wie das Zusammenspiel von englischem Nationalismus, Euroskeptizismus und der Vorstellung der Anglosphäre im Detail ausgestaltet ist. Konzeptionell zeigt sich das in den unterschiedlichen Begriffen, die Wellings verwendet: Er wechselt zwischen der Analyse von »Englishness«, »English nationhood« und »Nationalismus«, ohne jedoch immer klar darzulegen, welchen Aspekt des englischen Nationsbewusstseins er im Detail und zu welchem Zweck analysieren möchte. An dieser Stelle wäre daher eine schärfere Zuspitzung des Forschungsdesigns wünschenswert gewesen.

Pièce de Résistance in Wellings Analyse ist die These, dass sowohl offen zur Schau gestellter englischer Nationalismus als auch die Anglosphäre in der Debatte vor dem Referendum schon bald nur noch eine sehr untergeordnete Rolle spielten. Stattdessen wurden nun Äußerungen zum englischen Nationalismus von solchen zur »Britishness« überlagert. Obwohl sie als Alternative zur EU präsentiert wurde und die dazugehörigen Länder als die »wahren« Freunde des Vereinigten Königreichs und Träger einer von angloamerikanischen Idealen der Liberalität getragenen Version der Globalisierung angesehen wurden, blieb die Rede von der Anglosphäre meist implizit. Stärker kamen drei mit ihr assoziierte Länder in der Debatte zu Wort: Kanada (aufgrund des CETA-Abkommens mit der EU), Australien (wegen seines punktebasierten Einwanderungssystems) sowie die USA (diese jedoch aufgrund von Barack Obamas Kritik am drohenden Brexit weniger als Kanada und Australien). Argumentativ ordnet sich diese Interpretation problemlos in Wellings bisherige Beweisführung ein. Es stellt sich aber die Frage, ob er hier nicht zu umstandslos dem seit den 1970er-Jahren etablierten Narrativ vom »schwierigen« englischen Nationalismus aufsitzt und im Gegenzug die Mobilisierungskraft eines übergreifenden britischen Nationalismus unterschätzt. Denn auch wenn »Britishness« im Zuge der von New Labour initiierten Kampagne der späten 1990er- und frühen 2000er-Jahre der Ruf einer zwar politisch zweckmäßigen, aber unauthentischen Identität anhing, erschöpft sie sich doch nicht in der Verschränkung anglo-britischer Identitätsvorstellungen. Zum einen ging es Labour in seiner Kampagne gerade darum, »Britishness« als ein Element auszugestalten, das die multiethnische Gesellschaft des Vereinigten Königreichs in ihrer Gesamtheit integrieren können sollte. Zum anderen wurde die Frage von »Britishness« über das Labour-Projekt hinaus auch in Wissenschaft, Medien und anderen Orten der Öffentlichkeit verhandelt.¹⁵

Ein zweiter Ansatz, der in der Forschung zum Brexit-Referendum kenntlich wird, fokussiert aus der Perspektive der Wahl- und Meinungsforschung stärker die Bruchlinien im Ergebnis des Referendums, die sich aus Alter, Bildung und Klasse der Befragten ablesen lassen. Diese Bruchlinien haben schon früh Aufmerksamkeit erhalten, nicht zuletzt deshalb, weil die Analysen dazu nahtlos an politikwissen-

15 Vgl. *Almuth Ebke*, Britishness. Die Debatte über nationale Identität in Großbritannien, 1967 bis 2008, Berlin/Boston 2019, S. 237–247 und 281–305.

schaftliche Forschungen zum Erfolg der United Kingdom Independence Party, kurz UKIP, aus der Zeit vor dem Referendum anschlossen.¹⁶ Diesem Ansatz folgen Maria Sobolewska und Robert Ford. Die beiden Politikwissenschaftler:innen betrachten das Votum der Briten, die EU zu verlassen, nicht als isolierte Anomalie, sondern erklären es als Ergebnis langfristiger demografischer Verschiebungen. Die Expansion des Bildungssystems in den 1960er- und den 1990er-Jahren sowie Einwanderungswellen ab den 1950er-Jahren und verstärkt zwischen 2005 und 2017 hätten in der Wählerschaft neue Gruppen generiert, deren je eigene politisch-kulturelle Identitäten zueinander in Konflikt geraten seien. Die Autor:innen betonen, dass die politische Mobilisierung dieser Identitätskonflikte besonders in den letzten zwei Jahrzehnten stattgefunden habe, ausgelöst nicht zuletzt durch Veränderungen im Parteiensystem: Die ideologische Konvergenz von Labour und Tories, die Professionalisierung der politischen Klasse und ihrer Wahlkampagnen sowie die Schwächung der Parteibindungen hätten dazu geführt, dass Wähler:innen vermehrt nach Alternativen suchten. In der Referendumskampagne hätten sich die divergierenden politisch-kulturellen Identitäten dann in die Lager »Leave« und »Remain« polariert. Das Referendum von 2016 sei das erste politische Ereignis gewesen, das primär durch solche politisch-kulturellen Identitätskonflikte geprägt gewesen sei – so das Argument von Sobolewska und Ford.¹⁷

Im Kern des Konflikts stand nach Einschätzung der Autor:innen die Frage nach dem gesellschaftlichen Umgang mit als fremd empfundenen Personen und Bevölkerungsgruppen. Fragen von Klasse, Einkommen, wirtschaftlicher Ideologie, ökonomischer Kompetenz, aber auch nationaler Identität seien demgegenüber in den Hintergrund gerückt. Ein zentrales Mittel zur Analyse der politisch-kulturellen Identitätskonkurrenzen ist für Sobolewska und Ford daher das Konzept des Ethnozentrismus, das helfen soll zu verstehen, warum bestimmte Gruppen auf wahrgenommene Bedrohungen durch »Outgroups« besonders stark reagieren. Je ethnozentrischer das Weltbild einer Person oder Gruppe, das heißt je prominenter die Rolle der eigenen Gruppe im Weltbild, desto eher würden liberale Themen wie Einwanderung und gesellschaftliche Diversität abgelehnt.¹⁸ Die Autor:innen unterteilen die Wählerschaft entlang einer liberal-konservativen Achse in vergleichsweise grobe Kategorien wie »Conviction Liberals«, »Necessity Liberals« und »Identity Conservatives«. Die »Conviction Liberals« seien dabei überwiegend gebildet, kosmopolitisch und befürworteten Einwanderung und Diversität. »Necessity Liberals« bestünden hauptsächlich aus ethnischen Minderheiten, deren liberale Haltung aus der Notwendigkeit entstehe, gegen ihre eigene Diskriminierung anzukämpfen. Die »Identity Conservatives« hingegen, oft weniger gebildet und vom raschen sozialen

16 Vgl. hier exemplarisch *David Goodhart, The British Dream. Successes and Failures of Post-war Immigration*, London 2013; *ders., The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics*, London 2017; *Matthew Goodwin/Caitlin Milazzo, Taking Back Control? Investigating the Role of Immigration in the 2016 Vote for Brexit*, in: *The British Journal of Politics and International Relations* 19, 2017, S. 450–464; *Robert Ford/Matthew Goodwin, Revolt on the Right. Explaining Support for the Radical Right in Britain*, London/New York 2014; *Lisa McKenzie, 'It's Not Ideal': Reconsidering 'Anger' and 'Apathy' in the Brexit Vote among an Invisible Working Class*, in: *Competition & Change* 21, 2017, S. 199–210.

17 Vgl. *Sobolewska/Ford, Brexitland*, S. 25–32.

18 Vgl. ebd., S. 22.

Wandel entfremdet, fühlten sich angesichts der wachsenden Diversität zunehmend marginalisiert. Die Konflikte zwischen den Gruppen ergäben sich dabei aus der normativen Aufladung dessen, worum gestritten werde, denn im Kern der Auseinandersetzung stünden unterschiedliche Definitionen von Rassismus.¹⁹

Beide Werke, Wellings wie Sobolewska und Ford, behandeln die politische Mobilisierung von unterschiedlich gelagerten Identitäten, daher ist die Zusammenschau beider Bücher besonders aufschlussreich. Während Wellings die spezifischen Traditionen von »Englishness« untersucht, die von konservativen Eliten politisch nutzbar gemacht wurden, zielen Sobolewska und Ford darauf ab, das »De-Alignment« von Wähler:innen zu erklären. Die jeweiligen Schwerpunktsetzungen der behandelten Werke führen zu unterschiedlichen Auslassungen: Wellings vernachlässigt aufgrund seines Fokus' auf (leider nicht näher konturierte) Eliten den demografischen Wandel, während Sobolewska und Ford aufgrund ihrer Konzentration auf Umfrageergebnisse kulturelle Imaginationen sowie die Wirkkraft alltäglicher Nationalismen nur wenig beachten. Hier zeigt sich das Potenzial für weitere kulturhistorische Forschungen, die die kulturellen Projektionsflächen und alltäglichen Nationalismen der Brexit-Debatte sozial- und politikhistorisch verankern helfen könnten.

Die Geschichte der politischen Mobilisierung von Identitäten ist immer auch eine Geschichte von Begriffen. Dies zeigt sich bei beiden beschriebenen Ansätzen. Im Verlauf der Diskussion haben sich unterschiedliche Begriffe insbesondere für die als »abgehängt« geschilderte weiße Arbeiterklasse herausgebildet, unter anderem die »Somewheres« (im Gegensatz zu den gut ausgebildeten, geografisch mobilen und kosmopolitischen »Anywheres«)²⁰, »The Precariat«²¹ oder auch im Kontext der Unterhauswahl von 2019 »The Red Wall« als informelle Bezeichnung für jene Wahlkreise, deren Wähler:innen traditionell mehrheitlich Labour wählten, aber in großen Teilen die neuen kosmopolitischen Tendenzen der Labour-Partei ablehnten und beim Referendum 2016 für den Brexit gestimmt hatten. 2019 fielen diese Wahlkreise vielfach erstmals überhaupt an die Conservative Party.²² Diese bunte Begriffsbildung ist ein Zeugnis der bereits seit den 1970er-Jahren diagnostizierten unzureichenden Erklärungskraft von »Class« für die von der Wahlforschung erkannten Verschiebungen.²³ Sobolewskas und Fords neutralere Bezeichnungen entlang der Achse liberal-konservativ sind hier nicht nur angenehm unaufgeregt, sondern durch ihre Anerkennung intersektionaler Gemengelagen von »Class« und »Race« auch analytisch zielführend. Zukünftige Arbeiten zum Brexit tun gut daran, diese intersektionale Perspektive mitzudenken.

19 Vgl. ebd., S. 72–76.

20 Vgl. Goodhart, *The Road to Somewhere*, S. vii.

21 Der Begriff wurde bereits 2011 von Guy Standing geprägt. Vgl. *Guy Standing, The Precariat. The New Dangerous Class*, London 2011.

22 Vgl. *James Kanagasooriam/Elizabeth Simon, Red Wall: The Definitive Description*, in: *Political Insight* 12, 2021, H. 3, S. 8–11.

23 Vgl. *Martina Steber/Kerstin Brückweh, Aufregende Zeiten. Ein Forschungsbericht zu Neuansätzen der britischen Zeitgeschichte des Politischen*, in: *Afs* 50, 2010, S. 671–701, hier: S. 682 f.

II. Politisches System und Verfassung

Die langwierigen Debatten, das Kompetenzgerangel und die teils auch gerichtlich ausgetragenen Konflikte zwischen Exekutive und Parlament im Zuge der Austrittsverhandlungen verweisen auf die verfassungsrechtliche Dimension des britischen Abschieds von der EU. Ein nicht unerheblicher Teil der bisherigen Forschungsliteratur konzentriert sich auf die Auswirkungen des Brexit-Votums auf das politische System und das Verfassungsgefüge des Vereinigten Königreichs.²⁴ Dessen konstitutionelles Gefüge beruht bekanntlich nicht auf einem einzelnen Verfassungsdokument, sondern setzt sich aus diversen Gesetzen, Gerichtsurteilen und Konventionen zusammen. Entsprechend entwickelt sich die Verfassung durch Präzedenzfälle fortlaufend weiter. Gerade diese historische Wandelbarkeit führt dazu, dass die Auslegung zentraler Verfassungsgrundsätze alles andere als unstrittig und stark von politischen Standpunkten abhängig ist; die Interpretation widersprüchlicher Präzedenzfälle und Rechtsnormen ist das Kerngeschäft britischer Verfassungsrechtler:innen und -expert:innen. Im Zuge der Verfassungsreformen der Regierung Blair war dieses Gefüge in den 1990er-Jahren grundlegend umgebaut worden. Neben einer Reform des House of Lords war nach Referenden in den jeweiligen Landesteilen die Devolution in Form einer Verlagerung von Machtbefugnissen an Regionalregierungen in Schottland, Wales und Nordirland in Gang gesetzt worden.²⁵ Mit dem 1998 verabschiedeten »Human Rights Act« wurde zudem die Europäische Menschenrechtskonvention Teil des innerstaatlichen Rechts. Der Brexit stellt nun eine weitere Dimension in dem sich wandelnden Verfassungssystem dar, wobei die Politikwissenschaft und die Verfassungsgeschichte in diesem Zusammenhang hauptsächlich die folgenden zwei Entwicklungen untersuchen: die Einordnung des Brexits in den umfassenderen verfassungsrechtlichen Wandel seit den 1960er-Jahren sowie die durch den Brexit verursachten Veränderungen im System der parlamentarischen Demokratie.

Dem ersten Aspekt, dem langfristigen Wandel der britischen Verfassung, wendet sich Vernon Bogdanor in dem Buch »Beyond Brexit. Towards a British Constitution« (2019) zu.²⁶ Dem ausgewiesenen Verfassungsexperten²⁷ geht es einerseits um die Auswirkungen der EG/EU-Mitgliedschaft auf die britische Verfassung sowie andererseits um die verfassungsrechtlichen Konsequenzen des Austritts. Seine Grundthese ist, dass der Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften

24 Robert Saunders hat kürzlich auf die Renaissance politik- und verfassungsgeschichtlicher Studien im Kontext des Brexits hingewiesen. Vgl. *Robert Saunders*, *How Do We Write the History of Brexit?*, in: *The Political Quarterly* 94, 2023, S. 230–236, hier: S. 232.

25 Zum Reformdiskurs der Regierung Blair vgl. *Peter Catterall*, »Efficiency with Freedom?«, *Debates about the British Constitution in the Twentieth Century*, in: *ders./Wolfram Kaiser/Ulrike Walton-Jordan* (Hrsg.), *Reforming the Constitution. Debates in Twentieth-Century Britain*, Abingdon/New York 2000, S. 1–42, hier: S. 1 f.

26 *Vernon Bogdanor*, *Beyond Brexit. Towards a British Constitution*, I. B. Tauris, London 2019, 304 S., gebunden, 35,00 £.

27 Vgl. beispielsweise *ders.*, *The New British Constitution*, Oxford/Portland 2009; *ders.*, *The Monarchy and the Constitution*, Oxford/New York etc. 2004 (zuerst 1995); *ders.* (Hrsg.), *The British Constitution in the Twentieth Century*, Oxford/New York etc. 2003; *ders.*, *Devolution in the United Kingdom*, Oxford/New York etc. 1999.

eine fundamentale Bedeutung für das konstitutionelle Gefüge des Landes hatte.²⁸ Konkret zeige sich dieser Einfluss unter anderem in der Einführung von Referenden, in der Aufhebung des Prinzips der kollektiven Verantwortung des Kabinetts beispielsweise in den Referendumsdebatten 1975 und 2016 sowie in der Verankerung von Bürger- und Menschenrechten durch EU-Recht. Historisch gesehen ordnet Bogdanor den Brexit damit als späten Abschnitt in eine Phase der Reform ein, die schon mit dem Beitritt des Vereinigten Königreichs zu den damaligen Europäischen Gemeinschaften im Jahr 1973 begonnen und die die britische Verfassung seither grundlegend verändert habe.²⁹

Michael Keating, der in der Vergangenheit zu Nationalismus und Home Rule im Vereinigten Königreich gearbeitet hat, wendet sich in »State and Nation in the United Kingdom. The fractured Union« (2021) hingegen der Vorstellung vom britischen Staat als »Union State« zu.³⁰ Im Gegensatz zu einem reinen Zentralstaat, in dem die Zentralregierung die Autorität über alle Teile des Staates ausübt, oder einem föderalen Staat, der durch eine klare Machtteilung zwischen zentralen und regionalen Regierungen charakterisiert ist, kombiniert ein »Union State« Elemente von beiden. Im Kontext des Vereinigten Königreichs beschreibt der Begriff die Vereinigung mehrerer vorher souveräner Staaten oder Entitäten zu einem einzigen Staat, wobei jede der konstituierenden Nationen – England, Schottland, Wales und Nordirland – über bestimmte eigenständige politische und rechtliche Institutionen verfügt.³¹ Damit ist das Vereinigte Königreich per se ein Ort umstrittener und stets neu auszuhandelnder Souveränitätsvorstellungen, deren Grenzen sich nicht allein unter nationalpolitischen Gesichtspunkten, sondern auch auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene zeigen.

Für beide Autoren, Bogdanor wie Keating, steht das (Macht-)Verhältnis zwischen der Londoner Zentralregierung und den »Devolved Bodies« in Schottland, Wales und Nordirland im Zentrum der verfassungsrechtlichen Problemlagen Großbritanniens post-Brexit. Seit Ende des 20. Jahrhunderts hätten nationalistische Bewegungen in Schottland, Wales und Nordirland den britischen »Union State« auf unterschiedliche Weise herausgefordert. Das Millennium-Settlement, das heißt die Devolution in Schottland, Wales und Nordirland Ende der 1990er-Jahre, sei institutionell insgesamt nur schwach verankert gewesen, sodass die EU einen Teil dieses Mangels an staatlicher Verfasstheit aufgefangen habe. Ein so grundlegend umstrittenes Ereignis wie das Brexit-Referendum musste dieses sorgsam austarierte Gleichgewicht zwangsläufig stören. Gleichzeitig versuchte die britische Regierung nach dem Wegfall der EU-bedingten Rahmenbedingungen stärker in politische Angelegenheiten der einzelnen Teilnationen zu intervenieren.³²

Es ist wohl zunächst den unterschiedlichen Publikationsjahren und vor allem der Verfügbarkeit neuerer Umfrageergebnisse geschuldet, dass Keating im Vergleich zu Bogdanor eine positivere Sicht auf die Zukunft des britischen »Union

28 Vgl. *ders.*, *Beyond Brexit*, S. xi.

29 Vgl. *ebd.*, S. xii–xiii.

30 *Michael Keating*, *State and Nation in the United Kingdom. The Fractured Union*, Oxford University Press, Oxford/New York 2021, 256 S., gebunden, 87,00 £.

31 Vgl. *ebd.*, S. 43.

32 Vgl. *Keating*, *State and Nation in the United Kingdom*, S. 98–101.

State« post-Brexit hat.³³ Zugleich ist es gerade Bogdanors Position zur Frage der parlamentarischen Souveränität, die ihn zu seiner pessimistischeren Prognose führt. Hier zeigt sich auch die Bedeutung des Sehepunktes für das wissenschaftliche Ergebnis. Bogdanors Warte ist die des britischen Exzeptionalismus: In seiner Lesart hat Großbritannien bedingt durch seine Geschichte eine grundlegend andere Entwicklung als die übrigen europäischen Länder durchlaufen. Ein mangelndes Verständnis europäischer Rechtsprechung habe zu den Schwierigkeiten des Vereinigten Königreichs beigetragen, sich europäischen Normen und Prozessen anzupassen. So zieht der Verfassungsexperte etwa die vom Rest des Kontinents divergierende historische Erfahrung des Zweiten Weltkriegs heran, um die Haltung des Vereinigten Königreichs gegenüber der Europäischen Union zu erklären. Im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern habe das Vereinigte Königreich keinen »Constitutional Moment« gehabt, weil für den Kriegsgewinner keine Notwendigkeit bestanden habe, seine Verfassung zu überarbeiten. Während sich auf dem Rest des Kontinents im Zuge der jeweiligen Verfassungsreformen ein Bewusstsein für die grundsätzliche Bedeutung von schriftlich kodifizierten Verfassungen ausbilden konnte, habe im Vereinigten Königreich ein ebensolches Bewusstsein gefehlt. Ergebnis dieser Entwicklung sei gewesen, dass britische Regierungen im Allgemeinen informelle Verhandlungen einem vertragsgebundenen europäischen Einigungsprozess vorgezogen hätten.³⁴ Bogdanor gibt hier das Paradebeispiel eines Sonderwegnarrativs, bei dem die Warte des (britischen) Nationalstaats und der (britischen) Nationalgeschichte die Interpretation präfiguriert. Die anglozentrische Perspektive mündet in eine nationale Fortschrittserzählung – eine Lesart, die sowohl von Ben Wellings als auch Elizabeth Buettner kritisiert wird.³⁵ Keatings Perspektive hingegen ist die der (in seinem Fall schottischen) Peripherie. Mit dem Millennium-Settlement nimmt er einen deutlich jüngeren verfassungsrechtlichen Einschnitt zum analytischen Angelpunkt. Sein Blick kommt aus der Außenperspektive: Das Vereinigte Königreich wird als komplexes Gebilde unterschiedlich gelagerter »Unions« verstanden, die wiederum im Zusammenhang mit oder in Abgrenzung zu anderen Unionen bestanden – nicht zuletzt zu der EU selbst.

Diese Unterschiede im Sehepunkt zeigen sich auch in der Herangehensweise der beiden Autoren an das Thema der parlamentarischen Souveränität. Die Doktrin der unteilbaren parlamentarischen Souveränität, die auf die Arbeiten des einflussreichen viktorianischen Verfassungsrechtlers Albert Venn Dicey zurückgeführt wird³⁶, hat während der Brexit-Debatte eine zentrale Rolle eingenommen – sowohl in dem gegen die EU-Institutionen gerichteten Slogan »Take back control« der Brexit-Befürworter als auch in dem von Brexit-Gegnern erfochtenen Entscheid des Supreme

33 Vgl. ebd., S. 199; *Bogdanor*, *Beyond Brexit*, S. 170 und 248 f.

34 Vgl. ebd., S. 39–46.

35 Vgl. *Wellings*, *English Nationalism*, S. 111 f.; *Elizabeth Buettner*, *How Unique is Britain's Empire Complex?*, in: *Stuart Ward/Astrid Rasch* (Hrsg.), *Embers of Empire in Brexit Britain*, London/New York etc. 2019, S. 37–47, hier: S. 43. Zum Sonderwegsnarrativ vgl. auch *Häußler*, *Ein britischer Sonderweg?*, S. 264 f.; *Saunders*, *How Do We Write the History of Brexit?*, S. 236.

36 Dicey hatte bereits 1885 den Grundsatz festgeschrieben, das Parlament stelle »an absolutely sovereign legislature« dar mit dem »right to make or unmake any law«. Vgl. *Albert Venn Dicey*, *Introduction to the Study of the Law of the Constitution*, Oxford 2013 (zuerst 1885), S. 27.

Courts, dass die Regierung den EU-Austritt nicht ohne Parlamentsbeschluss einleiten dürfe. Bogdanor erkennt zwar an, dass schottische Verfassungsexperten seine auf Dicey zurückgehende These der parlamentarischen Souveränität nicht teilen,³⁷ argumentiert aber dennoch, dass Souveränität ein absolutes Konzept sei und, einmal verloren, nicht wiedererlangt werden könne.³⁸ Er sieht daher das Hauptproblem in der Konfrontation zwischen dem europäischen Prinzip des Vorrangs von EU-Recht und einer traditionellen englischen Vorstellung von der ungeteilten Souveränität des Parlaments.³⁹

Michael Keating versteht Souveränität hingegen als ein grundlegend umstrittenes Konzept, von dem mehrere unterschiedliche Lesarten gleichzeitig koexistieren können. Westminster habe bereits in der Vergangenheit in verschiedenen Kontexten Souveränität abgegeben. Der Devolutionsprozess seit den späten 1990er-Jahren sei in dieser Hinsicht zentral. Seitdem gebe es zwei konkurrierende Konzeptionen von Souveränität: die Souveränität des Parlaments in Westminster sowie die Union der Nationen. Wenn in der Brexit-Debatte unterschiedliche Formen von Souveränität gegeneinander ausgespielt und dabei spezifisch britische Vorstellungen von ungeteilter Souveränität mit europäischen Vorstellungen von geteilter Souveränität konfrontiert worden seien, so sei das, wie Keating betont, eine Verkürzung gewesen, die etablierte Vorstellungen von Souveränität in Schottland, Wales und Nordirland ignoriert habe. Exklusive Lesarten von Souveränität seien dem Devolutionssettlement fremd.

Keatings Perspektive auf das Vereinigte Königreich als Ensemble miteinander verwobener, institutionell unterschiedlich verankerter und kulturell unterschiedlich begründeter Unionen ist für die Forschung nicht ganz neu.⁴⁰ Die Stärke seines Ansatzes liegt aber darin, neben naheliegenden politischen Unionen wie der von Schottland, Wales, England und Nordirland auch die EU und damit nichtnationale Akteure und Institutionen als Teil von Unionen und damit als Teil des britischen Verfassungsgefüges zu verstehen. Für die historiografische Analyse eines so stark durch den nationalen Rahmen wahrgenommenen Ereignisses wie des Brexits erscheint dieser Blick auf die Verfassung jenseits des methodologischen Nationalismus eminent nützlich – nicht zuletzt deshalb, weil damit auch die imperialen Verflechtungen erfasst werden können, deren Untersuchung gerade in jüngster Zeit vehement eingefordert wird.

Die durch den Brexit verursachten Veränderungen im System der parlamentarischen Demokratie stellen den zweiten thematischen Schwerpunkt von Arbeiten zu den Auswirkungen des Brexits auf das politische System und das konstitutionelle Gefüge Großbritanniens dar. Aus demokratietheoretischer Perspektive hat das Brexit-Votum insbesondere Fragen zur Zukunft der repräsentativen Demokratie aufgeworfen. Die Ideologie und politische Praxis des Populismus im Allgemeinen und

37 Vgl. *Bogdanor*, *Beyond Brexit*, S. 174–177.

38 Vgl. ebd., S. xiv.

39 Vgl. ebd., S. 43.

40 Zum Ansatz der »New British History« vgl. *J. G. A. Pocock*, *British History. A Plea for a New Subject*, in: *The Journal of Modern History* 47, 1975, S. 601–621. Als Beispiel vgl. *Linda Colley*, *Britons. Forging the Nation, 1707–1837*, New Haven 2009 (zuerst 1992); *Hugh Kearney*, *The British Isles. A History of Four Nations*, Cambridge 2006 (zuerst 1989).

das Referendum als Instrument direkter Demokratie im Besonderen wurden als potenzielle Gefahren für das tradierte demokratische System des Vereinigten Königreichs betrachtet.⁴¹ In dieses Debattenfeld ordnet sich Andrew Blick mit seinem Buch »Democratic Turbulence in the United Kingdom« (2024) ein.⁴² Im Zentrum seiner Untersuchung steht die demokratische Erosion im Vereinigten Königreich.

Blick betrachtet den Brexit als eine zentrale Ursache für die Verschlechterung des demokratischen Klimas (»democratic deterioration«), für die er verschiedene Faktoren wie die Polarisierung der Gesellschaft, populistische Strömungen und die Destabilisierung territorialer Verhältnisse nennt. Der Autor identifiziert erstens eine schrittweise Aushöhlung von demokratischen Normen und Prozessen im Vereinigten Königreich post-Brexit. So gefährde der Brexit grundlegende Bürger- und Menschenrechte, deren rechtliche Verankerung in der Vergangenheit durch die Mitgliedschaft in der EU sichergestellt gewesen sei. Nach dem Austritt könnten sie mit einem einfachen Parlamentsakt geändert werden – was in der Praxis auch passiert, wie jüngst die Anstrengungen der konservativen Regierung Sunak belegen, das Asylrecht auszuhebeln. Zweitens zeigt er auf, wie die Brexit-Entscheidung die politische Polarisierung verschärfte, indem sie eine dauerhafte Spaltung in »Leavers« und »Remainers« herbeiführte. Parteipolitisch hätten die »Remainers« jedoch nach 2019 über kein Ventil mehr verfügt, da sich beide große Parteien grundsätzlich zum Brexit bekannt hätten.⁴³ Drittens kritisiert er die populistische Rhetorik des Referendums, die eine direkte Demokratieform gefördert und den traditionellen Parlamentarismus unterminiert habe. Viertens schließlich betont er die destabilisierenden Effekte auf die territorialen und institutionellen Strukturen des Vereinigten Königreichs. Indem die Europäische Union Kompetenzen beispielsweise in der Landwirtschaft in den »Devolved Areas« übernommen hatte, sei sie de facto ein Bestandteil des britischen konstitutionellen Gefüges geworden. EU-Verordnungen hätten zumindest teilweise jene schriftliche Kodifizierung der Verfassung geliefert, die dem Vereinigten Königreich fehle. Da dieser rechtliche Rahmen nun wieder wegfalle, gebe es post-Brexit ein Machtvakuum, das bisher nur unzureichend adressiert werde.⁴⁴

Offen bleibt bei Blick, welche Form der Demokratie eigentlich in Gefahr ist. Die Analyse setzt mit dem britischen parlamentarischen System bestimmte Normen und Demokratieauffassungen als Normalzustand voraus, ohne diese explizit zu diskutieren. Die begriffliche Unschärfe des Bandes verstärkt diese Problematik. Blick verwendet eine Vielfalt an Begriffen wie »democratic turbulence«, »democratic backsliding« und »demographic deterioration«, ohne diese klar zu definieren oder

41 Vgl. exemplarisch *Damian Chalmers*, Brexit and the Renaissance of Parliamentary Authority, in: *The British Journal of Politics and International Relations* 19, 2017, S. 663–679, hier: S. 663 f.; *Pieter Lagrou*, Plebiscite or Parliament? Brexit and the End of the History of the British Political Model, in: *Contemporary European History* 28, 2019, S. 10–13, hier: S. 10; *Claus Offe*, Referendum vs. Institutionalized Deliberation: What Democratic Theorists Can Learn from the 2016 Brexit Decision, in: *Daedalus* 146, 2017, H. 3, S. 14–27, hier: S. 17 f.; *Stuart White*, Brexit and the Future of the UK Constitution, in: *International Political Science Review* 43, 2022, S. 359–373.

42 *Andrew Blick*, *Democratic Turbulence in the United Kingdom* (Democracy in Times of Upheaval, Bd. 6), De Gruyter, Berlin/Boston 2024, 213 S., gebunden, 99,95 €.

43 Vgl. ebd., S. 44 f.

44 Vgl. ebd., S. 70–75.

ihre konnotative Bedeutung zu entfalten. Seine Darstellung beschränkt sich damit letztlich auf die Mechanismen der Regierungsführung, die als das Wesen der Demokratie betrachtet werden, ohne dass eine Reflexion oder eine kritische Betrachtung dieser Annahme stattfindet.

Der Wert des Buches auch für die Geschichtswissenschaft zeigt sich hingegen da, wo Blick die enge Verbindung zwischen politischen Prozessen und der sich konstant im Wandel befindenden Verfassung beleuchtet. Ein zentraler Punkt ist hier beispielsweise das Fehlverhalten einzelner Regierungsmitglieder. Verschwörungstheoretische Motive, Verstöße gegen den »Ministerial Code«, vor allem gegen die COVID-19-Beschränkungen, und populistische Rhetorik unterminierten die demokratische Integrität mehrerer aufeinanderfolgender konservativer Regierungen. Da der »Ministerial Code« als regierungsinterner Verhaltenskodex nur per Verordnung (als »Order in Council«) geregelt ist und von jeder Regierung einfach geändert werden kann, bedeuteten diese Verstöße auch eine ständige Unterhöhlung des britischen Verfassungssystems. Ebenso fatal sei die Schwächung der parlamentarischen Überwachungsfunktion bei den im Kontext der COVID-19-Pandemie eingeführten Verordnungen – denn diese durch die Exekutive veranlasste »secondary legislation« sei parlamentarisch nicht hinreichend kontrolliert.⁴⁵

Im Unterschied zu dieser Analyse des allgemeinen politischen Prozesses untersuchen Blick und seine Co-Autor:innen Lucy Atkinson und Matt Qvortrup in ihrem Buch »The Referendum in Britain. A History« (2020) den Wandel der britischen Verfassung anhand eines konkreten politischen Instruments: Es geht um das Referendum als Idee und politisches Mittel, jedoch ohne eine spezifische Behandlung des Brexit-Referendums.⁴⁶ Die repräsentative parlamentarische Demokratie wird hier nicht als gefährdet gelesen: Stattdessen wird das Referendum, das Mittel direkter Demokratie par excellence, in seiner Intellectual History im Vereinigten Königreich bis in die 1870er-Jahre zurückverfolgt. Demnach sei es nicht etwa Dicey gewesen, der sich als Erster mit dem Konzept des Referendums befasste habe. Der entscheidende Kontext für die Entstehung der Debatten um das Referendum sei vielmehr die Ausweitung der Demokratie im Zuge des »Third Reform Act« von 1884 gewesen.⁴⁷ Das Referendum wurde im Zuge dieser Ausweitung von einer Handvoll Journalisten und (vor allem liberaler) Parlamentarier zu einem Weg stilisiert, um in politisch umstrittenen Kontexten wie Home Rule, dem Frauenwahlrecht oder der Zolltarifreform eine Lösung anzubieten und dabei zugleich die Konkurrenz zwischen dem House of Commons und dem House of Lords zu befrieden. Auch wenn sich das Referendum zunächst nicht als politisches Instrument etablieren konnte, entstand vor allem in den Jahren zwischen 1890 und dem Ersten Weltkrieg ein einflussreiches Korpus an Schriften, das dessen Vorteile und praktischen Nutzen herausstellte. Atkinson, Blick und Qvortrup heben hervor, dass das Referendum weder eine fremde noch eine dem repräsentativen System feindliche Erscheinung sei. Stattdessen betonen sie die Subtilität des britischen Verfassungswandels.

⁴⁵ Ebd., S. 98.

⁴⁶ Lucy Atkinson/Andrew Blick/Matt Qvortrup, *The Referendum in Britain. A History*, Oxford University Press, Oxford/New York 2020, 256 S., gebunden, 82,00 £.

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 29 f.

In der Ideengeschichte des Referendums im Vereinigten Königreich gab es durchaus Konjunkturen der Akzeptanz. Während in der Zeit nach 1945 Referenden zunächst als inkompatibel mit dem politischen System des Vereinigten Königreichs erachtet wurden, änderte sich dies in den 1960er-Jahren. Territorial- oder Hoheitsfragen (wie die europäische Integration, die Einführung regionaler Parlamente in Schottland und Wales oder der Friedensprozess in Nordirland), aber auch Debatten um neue Partizipationsformen sowie der Blick auf das europäische Ausland hätten das Interesse an Referenden neu geweckt, so die Autor:innen. Hier zeigt sich die Stärke des Buches: Die Autor:innen legen dar, dass in den vier Referenden der 1970er-Jahre – über den Verbleib Nordirlands im Vereinigten Königreich, über die britische Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften sowie über die (dann abgelehnten) Devolution Acts für Schottland und Wales – nicht nur inhaltlich über potenziell grundlegende verfassungsrechtliche Fragen abgestimmt wurde.⁴⁸ Bereits durch den Akt des Referendums an sich habe damals, so das Argument, ein signifikanter verfassungsrechtlicher Wandel stattgefunden, der zeitgenössisch jedoch von der Labour-Regierung, die drei der vier Referenden veranlasst hatte, heruntergespielt worden sei.⁴⁹ Das Instrument des Referendums wurde auf diese Weise zunehmend normalisiert.⁵⁰

Obgleich sich »The Referendum in Britain« nicht explizit mit dem Brexit beschäftigt, liefert das Buch doch wertvolle Informationen zur Einordnung des Referendums von 2016. So ist besonders der Blick auf die Volksabstimmung von 1975 über den Verbleib in den Europäischen Gemeinschaften für ein besseres Verständnis von Ablauf und Ausgang des Brexit-Referendums instruktiv, stehen doch die damaligen Vorbereitungen für die Abstimmung – in deren Zuge detaillierte Kontingenzpläne erstellt, verschiedene Szenarien eines Austritts durchdacht sowie das Problem potenziell divergierender Abstimmungsergebnisse in den verschiedenen Landesteilen ausgiebig erörtert wurden – in einem markanten Gegensatz zu den (zumindest nach aktuell verfügbarer Quellenlage) ausgesprochen planlos wirkenden Referendumsvorbereitungen der Regierung Cameron, die aus taktischen Gründen keine Kontingenzpläne vorbereiten ließ, um keine Zweifel an ihrer Siegesgewissheit zu wecken.⁵¹ Atkinsons, Blicks und Qvortrups Einordnung des Referendums wird hier am besten in Kombination mit Robert Saunders grundlegender Studie »Yes to Europe! The 1975 Referendum and Seventies Britain« gelesen, in der das Referendum von 1975 kultur- und politikhistorisch eingeordnet wird.⁵²

Auch bietet das Referendum von 1975 wertvolle Erkenntnisse über den schrittweisen, oft unbemerkten Wandel der britischen Erkennung, insbesondere in Zusammenhang mit Fragen der Zugehörigkeit zu europäischen Institutionen. Die Volksabstimmung von 1975 markierte hier einen Wendepunkt, da in ihrem Zuge wichtige Konventionen, wie die Unterscheidung zwischen konsultativen und recht-

48 Vgl. ebd., S. 95.

49 Vgl. ebd., S. 103.

50 Vgl. ebd., S. 97.

51 Vgl. House of Commons Foreign Affairs Committee (Hrsg.), *Equipping the Government for Brexit. Second Report of Session 2016–17*, HC 431, London 2016.

52 Vgl. Robert Saunders, *Yes to Europe! The 1975 Referendum and Seventies Britain*, Cambridge/New York etc. 2018.

lich bindenden Referenden, erstmalig festgelegt wurden. Seither haben Referenden in Großbritannien zunehmend an Akzeptanz gewonnen.⁵³ Damit wird die Einführung des Referendums zu einem Lehrstück, wie tatsächlicher Verfassungswandel im Vereinigten Königreich ablaufen kann: Ihre Geschichte ist nicht die einer systematisch angelegten Reform, sondern Volksentscheide wurden ab 1973 schrittweise und sporadisch eingeführt. Erst im Jahr 2000 wurde ein allgemeiner gesetzlicher Rahmen für ihre Durchführung geschaffen, 2020 fand eine erste offizielle Untersuchung des Instruments durch das Constitution Committee des House of Lords statt. Insbesondere die Rolle der Referenden als Legitimationsgrundlage der Labour-Reformen in den 1990er-Jahren bietet spannende Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschungen zum Thema Verfassungswandel.

III. Brexit und Empire

Ein drittes Debattenfeld der entstehenden Brexit-Forschung befasst sich mit der Frage, inwieweit der Brexit als Teil britischer Dekolonisationsgeschichte verstanden werden kann. Damit wird eines der zentralen Themen britischer Nachkriegsgeschichte angesprochen, nämlich jenes der inneren Dekolonisierung. Die begriffliche Unterscheidung zwischen »Dekolonisation« und »Dekolonisierung«, die Christoph Kalter und Martin Rempe vorgenommen haben⁵⁴, erweist sich auch hier als nützlich, um zwei zeitlich verschieden gelagerte Prozesse zu differenzieren: Gegenüber den diplomatischen, strategischen und politischen Aspekten der Dekolonisation, als dem formalen Übergang der Kolonien in die Unabhängigkeit, haben die längeren soziokulturellen Ablösungsprozesse, die dem Wegfall des Empire folgten und den Prozess der Dekolonisierung darstellen, in der Geschichtswissenschaft zunächst nur wenig Aufmerksamkeit erhalten.⁵⁵ Erst in jüngster Zeit hat der Prozess der inneren Dekolonisierung der Metropole stärker das Interesse von Historiker:innen gefunden.⁵⁶

53 Vgl. Atkinson/Blick/Qvortrup, *The Referendum in Britain*, S. 199.

54 Vgl. Christoph Kalter/Martin Rempe, *La République décolonisée*. Wie die Dekolonisierung Frankreich verändert hat, in: GG 37, 2011, S. 157–197, hier: S. 166.

55 Vgl. Stephen Howe, *Internal Decolonization? British Politics since Thatcher as Post-colonial Trauma*, in: *Twentieth Century British History* 14, 2003, S. 286–304, hier: S. 291. Zu den diplomatischen, strategischen und politischen Prozessen vgl. beispielsweise David George Boyce, *Decolonisation and the British Empire, 1775–1997*, Basingstoke 1999; Judith M. Brown/William Roger Louis (Hrsg.), *The Oxford History of the British Empire*, Bd. 4: *The Twentieth Century*, Oxford 2001 (zuerst 1999); John Darwin, *Britain and Decolonisation. The Retreat from Empire in the Post-war World*, Basingstoke 1988; Jost Dülffer/Marc Frey, *Elites and Decolonization in the Twentieth Century*, Basingstoke 2011; Richard Faber, *A Chain of Cities. Diplomacy at the End of Empire*, London/New York 2000; Frank Heinlein, *British Government Policy and Decolonisation, 1945–1963. Scrutinising the Official Mind*, London/New York 2002; A. G. Hopkins, *Rethinking Decolonization*, in: *Past & Present*, 2008, Nr. 200, S. 211–247; Ronald Hyam, *Britain's Declining Empire. The Road to Decolonisation, 1918–1968*, Cambridge/New York etc. 2006; Andrew N. Porter/A. J. Stockwell (Hrsg.), *British Imperial Policy and Decolonization, 1938–64*, Bd. 2: 1951–64, Basingstoke 1989.

56 Vgl. so zum Beispiel Stuart Ward, *Untied Kingdom. A Global History of the End of Britain*, Cambridge/New York etc. 2023; Charlotte Lydia Riley, *Imperial Island. A History of Empire in*

Die postkoloniale Annahme, dass imperiale Denkmuster die gesamte Gesellschaft durchdringen, ja das eine ehemalige koloniale Metropole nicht frei von ihnen sein *kann*, stellt die Grundprämisse dieser jüngeren Auseinandersetzung in der Forschung dar. Nicht zuletzt dadurch markiert die gegenwärtige Debatte auch eine Abkehr von der heftig geführten historiografischen Auseinandersetzung der 1990er- und 2000er-Jahre um den Stellenwert des Empire für die britische Gesellschaft: Denn in ihr wurde noch darüber diskutiert, ob das Empire überhaupt, bewusst oder unbewusst, Teil der britischen Gesellschaft war, worin sich die Präsenz des Empire in der britischen Gesellschaft zeigte und ob »Class« oder »Race« deren bestimmender Faktor war. Ausgangspunkt der Kontroverse war ein Essay des Historikers P. J. Marshall, der das Empire zwar als Katalysator für wichtige Entwicklungen in der britischen Geschichte, jedoch nur selten als dominanten Faktor ansah.⁵⁷ Im Verlauf der Debatte ging es zum einen darum, ob das Empire als konstitutiv für die Geschichte der britischen Gesellschaft zu bewerten war, wie Marshalls Kritiker:innen argumentierten⁵⁸, zum anderen um methodische Fragen, nämlich wie dessen Einfluss mit historiografischen Methoden messbar war, ob nicht verschiedene Klassen und Bevölkerungsgruppen unterschiedlich vom Imperialismus betroffen gewesen seien und ob damit der Einfluss des Empire nicht eher nur indirekt gegeben war.⁵⁹ Die Frage, die heute gestellt wird, ist dagegen, inwieweit die Entscheidung für den Brexit aus imperialen Denkmustern zu erklären ist – eine Sicht, die zunächst vor allem im politischen Kommentar vertreten wurde, inzwischen aber differenzierter diskutiert wird.⁶⁰ Der von Stuart Ward und Astrid Rasch herausgegebene Sammelband »Embers of Empire in Brexit Britain« (2019) umreißt mit einer Reihe knapper Essays, die 2018 als Vorträge an der Garrison Library in

Modern Britain, London 2023. Als Pionierstudien vgl. *Gerhard Altmann*, Abschied vom Empire. Die innere Dekolonisation Großbritanniens 1945–1985, Göttingen 2005; *Jordanna Bailkin*, The Afterlife of Empire, Berkeley/Los Angeles etc. 2012; *Jim Tomlinson*, The Decline of the Empire and the Economic »Decline« of Britain, in: Twentieth Century British History 14, 2003, S. 201–221; *Bill Schwarz*, »Claudia Jones and the West Indian Gazette«: Reflections on the Emergence of Post-colonial Britain, in: Twentieth Century British History 14, 2003, S. 264–285.

57 Vgl. *P. J. Marshall*, No Fatal Impact? The Elusive History of Imperial Britain, in: The Times Literary Supplement, 12.3.1993, S. 8–10.

58 Vgl. beispielsweise *Bill Schwarz*, Introduction: The Expansion and Contraction of England, in: *ders.* (Hrsg.), The Expansion of England. Race, Ethnicity and Cultural History, London/New York 1996, S. 1–8, hier: S. 1; *Catherine Hall*, Histories, Empires and the Post-colonial Moment, in: *Iain Chambers/Lidia Curti* (Hrsg.), The Postcolonial Question. Common Skies, Divided Horizons, London 1995, S. 65–77; *Antoinette Burton*, Introduction: On the Inadequacy and Indispensability of the Nation, in: *dies.* (Hrsg.), After the Imperial Turn. Thinking with and through the Nation, Durham, 2003, S. 1–23, hier: S. 4.

59 Vgl. *Bernard Porter*, The Absent-Minded Imperialists. Empire, Society, and Culture in Britain, Oxford/New York etc. 2004, S. 307–311; *David Cannadine*, Ornamentalism. How the British Saw Their Empire, Oxford/New York 2002 (zuerst 2001), S. xix.

60 Für eine einflussreiche Deutung vgl. *David Olusoga*, Empire 2.0 Is Dangerous Nostalgia for Something That Never Existed, in: The Observer, 19.3.2017, URL: <<https://www.theguardian.com/commentisfree/2017/mar/19/empire-20-is-dangerousnostalgia-for-something-that-never-existed>> [5.8.2024]. Für einen Überblick über die Pressestimmen vgl. *Robert Saunders*, Brexit and Empire: »Global Britain« and the Myth of Imperial Nostalgia, in: The Journal of Imperial and Commonwealth History 48, 2020, S. 1140–1174, hier: S. 1140 f. Als historiografisches Beispiel vgl. *Dorling/Tomlinson*, Rule Britannia.

Gibraltar gehalten wurden, die politischen und wissenschaftlichen Konturen dieses vitalen Debattenfelds.⁶¹ Peter Mitchells Studie »Imperial Nostalgia. How the British Conquered Themselves« (2021) hingegen zeugt von dem analytischen Potenzial, aber auch den politischen und methodischen Herausforderungen, die das weitere Feld momentan kennzeichnen.⁶²

Ward und Rasch umreißen in ihrer Einleitung die Eckpunkte der Diskussion um die möglichen imperialen Traditionen, die den britischen EU-Austritt prägten. Die Debatte sei nicht nur emotionalisiert und insular, sondern verlaufe zeitlich verzögert und unter unterschiedlichsten Begrifflichkeiten.⁶³ Die sechzehn Essays des Bandes bieten lesenswerte Momentaufnahmen, wie der Brexit in großer zeitlicher Nähe zum Referendum von 2016 und noch vor den folgenden Wirren der Austrittsverhandlungen sowie der Protestwelle der »Black Lives Matter«-Bewegung gedeutet wurde. Das Werk vereint eine beeindruckende und vielfältige Gruppe von Autor:innen aus Wissenschaft, Journalismus und Literatur. Das Spektrum der Beiträge ist breit gefächert, dennoch bauen sie inhaltlich weitgehend aufeinander auf. In einem allgemeineren Teil geht es zunächst um die Rolle des Empire in der Brexit-Debatte. David Thackeray und Richard Toye plädieren für ein nuanciertes Verständnis der Erinnerung an das Empire bei Brexiteers. Imperiale Kultur sei nur deshalb in der Brexit-Debatte wichtig gewesen, weil sie an andere Themen wie Souveränität anschlussfähig gewesen sei. Denn das eigentliche Empire hätten die Brexiteers rhetorisch eher heruntergespielt. Stattdessen sei es in der Debatte um die Rekreation imperialer Denkräumen gegangen, um in der Suche nach nationalem Prestige an vergangene Größe anknüpfen zu können.⁶⁴ Imperiale Nostalgie habe eine Vision des Vereinigten Königreichs post-Brexit präsentiert, die sich auf eine glorreiche Vergangenheit berief, in der das Empire als historische Realität aber interessanterweise weitgehend abwesend gewesen sei.⁶⁵ Michael Kenny und Nick Pearce argumentieren für eine Untersuchung der »Anglospheric Lineage« angesichts der Debatte um die imperialen Framings von Brexit – eine Forderung, der Ben Wellings, wie oben dargestellt, inzwischen ja bereits nachgekommen ist.⁶⁶ Elizabeth Buettners Essay hebt hervor, dass imperiale Traditionen nicht nur das Vereinigte Königreich, sondern auch eine Reihe anderer europäischer Staaten betrafen, und dass daher die Erfahrung des Empire den britischen Euroskeptizismus nicht allein erklären könne. Vielmehr sei es die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, durch die eben jene imperiale Geschichte anders interpretiert werde.⁶⁷

61 Stuart Ward/Astrid Rasch (Hrsg.), *Embers of Empire in Brexit Britain*, Bloomsbury, London/New York etc. 2019, 200 S., broschiert, 23,99 £.

62 Peter Mitchell, *Imperial Nostalgia. How the British Conquered Themselves*, Manchester University Press, Manchester 2021, 248 S., broschiert, 14,99 £.

63 Vgl. Stuart Ward/Astrid Rasch, Introduction: Greater Britain, Global Britain, in: *dies.*, *Embers of Empire in Brexit Britain*, S. 1–13, hier: S. 8.

64 Vgl. David Thackeray/Richard Toye, *Debating Empire 2.0*, in: Ward/Rasch, *Embers of Empire in Brexit Britain*, S. 15–24, hier: S. 16.

65 Vgl. ebd., S. 22.

66 Michael Kenny/Nick Pearce, *Brexit and the Anglosphere*, in: ebd., S. 25–35, hier: S. 27; vgl. Wellings, *English Nationalism*.

67 Vgl. Buettner, *How Unique is Britain's Empire Complex?*, S. 43.

Im zweiten Teil des Bandes geht es um regionale und subnationale, das heißt englische, irische und schottische Perspektiven sowie – ob als *pars pro toto* oder dem ursprünglichen Konferenzort geschuldet – um Gibraltar.⁶⁸ Bill Schwarz bezweifelt, dass mit Nostalgie allein das Brexit-Votum erklärt werden könne. Vielmehr werde in England – dem geopolitischen Motor des Brexits – die Krise des Staates von einer weit verbreiteten Geschichtsvergessenheit begleitet.⁶⁹ Fintan O'Toole betont überzeugend die engen Grenzen der »Mental Maps« der Austrittsbefürworter: Nordirland spiele für die Brexiteers keine Rolle.⁷⁰ Neal Ascherson argumentiert ähnlich, dass in Schottland der Brexit und die imperialen Verstrickungen vor allem als englisches Problem gesehen würden. Schottland gefalle sich traditionell in der Rolle des tugendhaften kleinen Landes, das von dem größeren Partner in die Irre geführt worden sei; die eigene prominente Rolle im Empire werde gerne vergessen. Zwar sei Schottland heute europäischer als jemals zuvor – jedoch vor allen Dingen deshalb, weil dort nun doch wie in anderen europäischen Ländern schrittweise die eigene Rolle im britischen imperialen Projekt aufgearbeitet werde.⁷¹

Der Sammelband zeigt wie ein Prisma die unterschiedlichen Arten und Weisen, mit denen das Empire in seiner Vielfalt und Komplexität den Brexit beeinflusst hat. Zwar werden nicht alle der offenen Fragen der Einleitung im Band beantwortet, was der Band aber auch nicht für sich beansprucht. Dennoch können die Beiträge, die zum Teil schon bald von politischen Ereignissen überholt wurden, als Ansatzpunkte für weitere Überlegungen zum Stellenwert der Geschichte des Empire im Kontext des Brexits gelesen werden. Die Auseinandersetzung politisierte sich im Zuge der sogenannten Culture Wars, wie sie etwa von dem Oxford Theologen und Empire-Apologeten Nigel Biggar angezettelt wurden. Davon zeugt besonders der dritte thematische Abschnitt des Bandes, der sich unter anderem mit der Rolle von »Race« innerhalb der Brexit-Debatte (Yasmin Kahn) sowie den »Imperial History Wars« über den Stellenwert des Empire in der heutigen britischen Gesellschaft (Dane Kennedy) beschäftigt.⁷² Spätestens dann, wenn Richard Drayton die intellektuelle Entwicklung Biggars als Fallstudie für eine nicht näher genannte Schicht von Verteidigern des britischen Empire heranzieht (und dabei seinen eigenen Konflikt mit Biggar nicht unterschlägt), zeigt sich, wie persönlich und politisiert die Debatte zum Zeitpunkt der Abfassung der Essays war.⁷³

Eine ähnliche Politisierung der Analyse findet sich auch in Peter Mitchells Buch »Imperial Nostalgia. How the British Conquered Themselves«. Mitchell analysiert, wie sich die britische Gesellschaft mit ihrer imperialen Vergangenheit und den daraus resultierenden Nachwirkungen auseinandersetzt. Vor dem Hintergrund des Brexits und der britischen »Black Lives Matter«-Proteste argumentiert der Autor,

68 Vgl. *Jennifer Ballantine Perera*, Gibraltar: Brexit's Silent Partner, in: *Ward/Rasch*, *Embers of Empire in Brexit Britain*, S. 79–86.

69 Vgl. *Bill Schwarz*, Forgetfulness: England's Discontinuous Histories, in: ebd., S. 49–58, hier: S. 50 und 52.

70 Vgl. *Fintan O'Toole*, Ireland and the English Question, in: ebd., S. 59–69, hier: S. 61.

71 Vgl. *Neal Ascherson*, Scotland, Brexit and the Persistence of Empire, in: ebd., S. 71–78, hier: S. 77.

72 Vgl. *Yasmin Khan*, Refugees, Migrants, Windrush and Brexit, in: ebd., S. 101–110; *Dane Kennedy*, Afterword: The Ongoing Imperial History Wars, in: ebd., S. 169–173.

73 Vgl. *Richard Drayton*, Biggar vs Little Britain, in: ebd., S. 143–155.

dass Großbritannien in den Ruinen seines Imperiums in imperialer Nostalgie lebe, geprägt von vergangenen Gewalttaten und Demütigungen, die die britische Kultur bis heute beeinflussten. Diese imperialen Rückstände, so Mitchell, führten zu einer Art kollektiven Neurose, die sich in verschiedenen Formen manifestiere.⁷⁴

Imperiale Nostalgie beruht nach Mitchell auf einem doppelten Erinnerungsprozess: Die gegenwärtige Erinnerung an das Empire basiere auf einer Konzeption desselben, die maßgeblich in der Zeit des Hochimperialismus zwischen 1875 und 1914 geprägt worden sei. In diesem Zeitraum, in dem das Empire erstmals vollständig sein Territorium durchdrungen habe, sei es zugleich in Museen, Archiven, im öffentlichen Raum und in literarischen Werken archiviert, musealisiert und kodifiziert worden. Die heutige Empire-Nostalgie beruft sich also auf die kulturellen Artefakte und Narrative einer Zeit, die ihrerseits stark durch einen Prozess der »Invention of Tradition« gekennzeichnet war.⁷⁵ Nostalgie ist als Begriff bei Mitchell dabei vorwiegend negativ besetzt, was wohl ein Echo der »Heritage«-Debatte der 1980er-Jahre darstellt, in der linke Kritiker:innen Nostalgie sowohl als Symptom als auch als Ursache reaktionärer politischer Debatten ausgemacht hatten.⁷⁶

In den letzten Jahren nun, so Mitchell, sei die nostalgische Erinnerung an das Empire zum Schauplatz einer langwierigen ideologischen Auseinandersetzung geworden, die auch die Debatten über Rasse, Klasse, Geschlecht, Kultur in der Gegenwart beziehungsweise der Zukunft Großbritanniens beeinflusst habe. Die »Black Lives Matter«-Proteste des Frühsommers 2020, in denen unter anderem das Denkmal von Edward Colston in Bristol umgestürzt wurde, die Kontroverse um die Diversitätsbemühungen des National Trust sowie um den möglichen Wegfall des Liedtextes von »Land of Hope and Glory« bei der »Last Night of the Proms« sind für Mitchell Beispiele, die das Aufkommen einer reaktionären Politik deutlich machten, in der die Erinnerung an das Empire eine zentrale Rolle spiele. Hier würden Fragen von Macht, Männlichkeit, Nationalität und Souveränität ausgehandelt.⁷⁷

Mitchell erhebt dabei nicht den Anspruch, den Brexit zu erklären. Vielmehr dient ihm das Referendum als Hintergrund, um verschiedene Aspekte der imperialen Vergangenheit Großbritanniens auszuleuchten. Beispielsweise interpretiert er die Pläne für CANZUK, ein Bündnis von Kanada, Australien, Neuseeland und dem Vereinigten Königreich, als Ausdruck der Sehnsucht nach einer verlorenen kolonialen »Frontier«: eine imaginierte Arena, in der spezifische Formen von Männlichkeit und »Whiteness« ausgelebt werden könnten.⁷⁸ Die »zurückgelassene« weiße Arbeiterklasse wird als Opfer von kolonialen »Poverty Safaris« gelesen, die vom 19. in das 21. Jahrhundert transportiert wurden: Die Mitglieder dieser Bevölkerungsgruppe würden von Sozialwissenschaften und Medien ethnografisch untersucht und

74 Vgl. Mitchell, *Imperial Nostalgia*, S. 5 f.

75 Vgl. ebd., S. 41–57.

76 Vgl. *Laurajane Smith/Gary Campbell*, »Nostalgia for the Future: Memory, Nostalgia and the Politics of Class«, in: *International Journal of Heritage Studies* 23, 2017, S. 612–627, hier: S. 614.

77 Vgl. Mitchell, *Imperial Nostalgia*, S. 63 f.

78 Ebd., S. 94: »In a way, the CANZUK project can be understood as the expression of a yearning for a lost colonial frontier: an arena in which a culture's manhood and vigour can be proved, in which laws are scanty and human competition can be unleashed in all its savage glory.«

medial vorgeführt, aber ihnen werde keine Gelegenheit gegeben, für sich selbst zu sprechen.⁷⁹

Hier zeigt sich ein gewisser Widerspruch in der Argumentation: Mitchell folgt der postkolonialen Prämisse, dass die britische Gesellschaft als Ganzes von imperialen Denkmustern durchzogen sei. Da überrascht es, dass er sich in seiner weiteren Analyse ausschließlich auf »reaktionäre« Politik und damit auf Mitglieder der Conservative Party beschränkt. Robert Saunders hat zu Recht darauf hingewiesen, dass postimperiale Gedankenmuster nicht als psychische Leiden zu verstehen sind, die nur die Hälfte der Bevölkerung betreffen, sondern als gemeinsames kulturelles Erbe, dass das gesamte politische Spektrum und alle gesellschaftlichen Schichten umfasst – also auch die Unterstützer des europäischen Projekts.⁸⁰ Durch Mitchells Beschränkung auf die Analyse »reaktionärer« Politik wird die imperiale Erinnerungskultur enggeführt und seine Analyse politisiert. Aus dieser politischen Beschränkung Mitchells ergibt sich auch eine methodische Lücke: Nach dem einführenden Kapitel über die vielschichtige imperiale Erinnerungskultur wird die imperiale Melancholie als gegeben angenommen und der Fokus auf die politischen Kämpfe um eben diese gelegt. Es wäre jedoch spannend gewesen, die Durchdringung der politischen Debatten mit imperialen Denkmustern nicht nur vorauszusetzen, sondern auch paradigmatisch zu belegen.

Die Debatte um imperiale Nostalgie verdeutlicht also methodische Gräben innerhalb der Geschichtswissenschaft. Historische Innovation war in der jüngeren Vergangenheit in der Regel interdisziplinär angelegt oder warf zumindest einen Blick auf benachbarte Konzepte und Debatten, um Probleme der Gegenwart und Vergangenheit neu zu fassen. Dabei stellt sich die Herausforderung, die entlehnten Konzepte mit historischen Methoden greifbar werden zu lassen beziehungsweise die historischen Methoden anzupassen. Kultur- und wissenshistorische Ansätze haben sich als nützlich erwiesen, um die innere Dekolonisierung untersuchbar und belegbar zu machen. Wie Mitchell verdeutlicht, besteht dabei das Potenzial, regionale und klassenbasierte Unterschiede herauszuarbeiten, wie sie im besprochenen Werk von Ward und Rasch als offene Forschungsfelder identifiziert wurden.

Besonders der Aspekt der imperialen Verflechtung verdeutlicht jedoch auch die allgemeinen Herausforderungen der Geschichte der jüngsten Vergangenheit. Themen wie der Brexit und die innere Dekolonisierung stellen Historiker:innen vor die Herausforderung, dass diese Prozesse zumindest bei der Publikation der hier besprochenen Werke noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden konnten. Politische Trennlinien prägen teilweise historiografische Deutungen – eine Tatsache, die angesichts der ideologischen Gräben, die die erbittert geführte Brexit-Kampagne und die benachbarte Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Rolle des Empire aufrissen, nicht überraschen dürfte, die aber der historischen Aufarbeitung nur bedingt zuträglich ist.

⁷⁹ Vgl. ebd., S. 159–175.

⁸⁰ Vgl. Saunders, Brexit and Empire, S. 1142. Als Beispiel für einen solchen Ansatz vgl. Benjamin John Grob-Fitzgibbon, *Continental Drift. Britain and Europe from the End of Empire to the Rise of Euroscepticism*, Cambridge 2016, S. 468–470.

Fazit

Dieser Literaturbericht hat sich mit Forschungen im angelsächsischen Raum in den letzten fünf Jahren befasst, die erste Schritte zur Historisierung der britischen Entscheidung zum Austritt aus der Europäischen Union unternommen haben. Die besprochenen Bücher haben dazu angesetzt, das Referendumsergebnis zu erklären (Wellings und Sobolewska/Ford), das Referendum als verfassungsrechtlichen Mechanismus zu verorten (Atkinson/Blick/Qvortrup), die konstitutionellen Konsequenzen des Brexits aufzuzeigen (Bogdanor, Keating, Blick) sowie den Brexit als Teil britischer Dekolonisationsgeschichte zu verstehen (Ward/Rasch, Mitchell). Diese unterschiedlichen Perspektiven haben den Brexit teils als Kulminationspunkt, teils als Wegmarke langfristiger politischer und kultureller Prozesse eingeordnet. Die Frage der zeitlichen Einbettung wird fraglos auch für künftige Arbeiten zum Thema zentral bleiben. Denn um den Brexit historiografisch sinnvoll einzuordnen, müssen die verschiedenen Zeitebenen, die sich in der Rhetorik der Kampagne und den darauffolgenden politischen sowie verfassungsrechtlichen Turbulenzen zeigten, berücksichtigt werden. Nur so kann der Brexit in der »longue durée« britischer Nachkriegsgeschichte verortet werden. Die verfassungsgeschichtlichen Entwicklungen erstrecken sich beispielsweise von den 1960er- bis in die 2000er-Jahre, während der von Sobolewska und Ford hervorgehobene demografische Wandel vornehmlich die 1950er- sowie die 1990er- und 2000er-Jahre betrifft. Eine problemgeschichtliche Betrachtung des britischen EU-Austritts sollte diese verschiedenen Verbindungen zur Vergangenheit nicht nur erkennen, sondern auch ernst nehmen – gerade, weil sie tiefgreifende Fragen nach generationellen Konflikten und Kontinuitäten aufwerfen.

Während die Erklärung des Referendums-Ergebnisses, Verfassungsfragen und das Erbe des Empire in den hier vorgestellten Arbeiten ausführlich zur Sprache kamen, blieben wirtschaftshistorische Perspektiven vergleichsweise randständig. Dies mag auf die schwierige Abgrenzung der ökonomischen Konsequenzen des Brexits von den Folgen der Coronapandemie und des Kriegs in der Ukraine mit anschließender Inflationskrise zurückzuführen sein, sagt aber vielleicht auch etwas über den Stellenwert wirtschaftshistorischer Fragen in der britischen Zeitgeschichtsforschung aus. Auch die Rolle der Medien – traditioneller Medien ebenso wie neuartiger Social Media – im Brexit-Prozess hat bislang noch nicht die Aufmerksamkeit der Historiker:innen gefunden, wiewohl diese Frage in politik- und medienwissenschaftlichen Forschungen bereits behandelt wurde.⁸¹

Unabhängig vom jeweiligen thematischen Schwerpunkt haben alle der hier besprochenen Arbeiten auf unterschiedliche Weise die Herausforderungen einer gegenwartsnahen Zeitgeschichtsschreibung aufgezeigt, in der die untersuchten Prozesse noch nicht abgeschlossen sind, politische Gräben wissenschaftliche Deutungen prägen und die Grenzen zwischen Analyse- und Quellenbegriffen nicht immer klar gezogen werden (können). Damit steht die historische Einordnung des Brexits wie alle zeithistorischen Arbeiten (und man könnte argumentieren: alle histori-

⁸¹ Vgl. beispielsweise *Natalie-Anne Hall*, Understanding Brexit on Facebook: Developing Close-Up, Qualitative Methodologies for Social Media Research, in: *Sociological Research Online* 27, 2021, S. 707–723.

schen Arbeiten generell) vor der Aufgabe, neben den historischen Verästelungen auch die (eigenen) wissenschaftlichen und politischen Scheuklappen kritisch anzugehen. Ein entscheidender Aspekt in der Auseinandersetzung speziell mit dem Brexit ist daher die Überwindung der Perspektive des britischen Exzeptionalismus, auch bekannt als methodologischer Nationalismus oder Sonderwegdenken. Das Vereinigte Königreich als »Union State« ernst zu nehmen, ist dabei nur der Anfang. Ein kritischer Umgang mit den Narrativen des britischen Exzeptionalismus erfordert, dass wir das Vereinigte Königreich in seinen politischen und mentalen Verbindungen sowohl innerhalb seiner selbst – auf der Ebene der Teilstaaten, Regionen und Gemeinden – als auch nach außen hin – auf der Ebene Europas, der Anglosphäre oder sogar global – ernst nehmen. Dabei muss es als eine Union betrachtet werden, die in enger Wechselwirkung mit imperialer Expansion gebildet wurde. Ein zentraler Aspekt der Aufarbeitung des Brexit-Referendums, seiner Vorgeschichte und Nachgeschichte, wird daher die Unterscheidung zwischen institutionellen Verflechtungen, »Mental Maps« und kulturellen Aufladungen sein – gerade auch aus der Perspektive der inneren Dekolonisierung. Dieser Perspektivwandel geht über eine reine Analyse unterschiedlicher (kultur-)historischer Felder hinaus. Er erfordert eine konstante kritische Reflexion des eigenen Sehepunktes und der angelegten analytischen Perspektive.